



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 14.04.2008

Beginn: 18:40 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	TOP 5 bef.
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	bis TOP 3
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	bis TOP 3
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Frau Stadträtin Kübler	TOP 5 bef.
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	TOP 5 bef.
Frau Stadträtin Vollmer	

Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Kolesch

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Frau Appel, Schriftführung
Herr Dr. Biege, Kulturdezernat
Herr Buchmann, Kulturamt bis TOP 7
Herr Brunecker, Museum Biberach bis TOP 3
Herr Isenmann, Stadtwerke Biberach bis TOP 3
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz bis TOP 7
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Simon, Hauptamt
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung
Herr Urbano, Stadtwerke Biberach bis TOP 7
Frau Voss, Stadtmarketing TOPs 3 - 10
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Herr Munz, JKLM bis TOP 3
Frau Gündog, Büro 4 a bis TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Verpachtung der Mensa an den beiden Gymnasien an einen Caterer Entscheidung über die Vergabe	61/2008
3.	Anbindung und Umgestaltung Freibadanlage Biberach	52/2008
4.	Bau einer Fotovoltaikanlage auf den Dächern der neuen Mensa und der neuen WG-Turnhalle durch die Stadtwerke Biberach GmbH	50/2008
5.	Jugend Aktiv e.V. - Antrag auf Erhöhung der Haushaltsansätze ab 2008	40/2008
6.	Erhöhung des Haushaltsansatzes für Vereine im Stadtjugendring und den Stadtjugendring selbst	42/2008
7.	Stelle Gebäudemanagement für Betreuung Gebäudetechnik und Energiemanagement	48/2008
8.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Krummer Weg / Guttenbrunnweg"	54/2008
9.	Gemeinde Warthausen, Bebauungsplan "Gewerbegebiet Herrlishöfen" - Aufstellungsbeschluss	46/2008
10.	Organisation und Abwicklung der LandesGymnaestrada 2009, Großveranstaltung des Schwäbischen Turnerbundes	56/2008
11.	Verschiedenes	
11.1.	Verschiedenes: Caterer für die Mensa der Gymnasien	
11.2.	Verschiedenes: Verschmutzte Straße im Gaisental	
11.3.	Verschiedenes: Förderverein Gaisental	
11.4.	Verschiedenes: Bauvorhaben Gartenstraße	
11.5.	Verschiedenes: Räum- und Streupflicht Felsengartenstraße	

Die Mitglieder wurden am 03.04.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 10.04.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

OB Fettback entschuldigt sich bei der Öffentlichkeit für den verspäteten Sitzungsbeginn.

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen wollen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 61/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback geht kurz auf die nichtöffentliche Vorberatung des Themas ein, bei der man auch die Frage der Subventionierung des Essens diskutiert habe. Diese sei grundsätzlich nicht vorgesehen, die Schulleitungen könnten aber im Einzelfall Ausnahmen genehmigen. Man sei sich auch einig, dass dieser Beschluss in einigen Jahren modifiziert werden könnte, sollte dies nach der dann vorliegenden Erfahrung erforderlich sein. Man müsse insgesamt gemeinsam beim Thema lernen. Überdies dürfe man nicht vergessen, dass die Stadt erhebliche Vorhaltekosten übernommen habe, was auch eine Subventionierung darstelle.

Frau Leonhardt skizziert kurz das Verfahren und gibt zu verstehen, mit diesem Beschluss werde ein letzter Baustein zum Lebensraum Schule fertig gestellt. Die Schulverpflegung müsse zu einer sozialen Komponente werden. In dieser Überzeugung habe man sich frühzeitig auf ein Verpflegungskonzept nach der Cook & Chill-Methode verständigt. Es stelle ernährungsphysiologisch und von den Kosten eine gute Alternative zu reiner Frischkostverpflegung dar. Das Vergabeverfahren sei sehr aufwendig gewesen, da es gewährleisten musste, die Vorstellungen aller Beteiligten optimal zu erfüllen. Es sei eine europaweite Ausschreibung erforderlich gewesen, weshalb man nicht mehr beeinflussen könne, woher das Essen komme. Der angestrebte Preis von 3 € brutto sei aufgrund gestiegener Lebensmittelkosten und der höheren Mehrwertsteuer nicht haltbar. Dennoch sei man zufrieden mit dem Ergebnis. Man habe einen in der Schulverpflegung erfahrenen Caterer und es werde ein Mensaausschuss eingerichtet, in dem alle Verantwortlichen vertreten seien, um Verpflegungsfragen gemeinsam klären zu können.

StR Hagel führt aus, zu Beginn der Legislaturperiode sei das Zauberwort IZBB aufgekommen. Dank der schnellen Arbeit der Verwaltung habe man eine sinnvolle und gelungene Erweiterung der Gymnasien beschlossen und eine Mensa auf den Weg gebracht. Ursprünglich seien 28.000 € als Essenzuschuss genannt worden, was er gleich als unzureichend eingestuft habe. Er bezeichne eine Auswahl durch ein Komponentenessen als wünschenswert, was aber offensichtlich nicht Bestandteil der Ausschreibung gewesen sei. Er appelliert, in weiteren Gesprächen zumindest eine Austauschmöglichkeit von Beilagen beim Caterer anzusprechen. Das Unternehmen sei erfahren und als Referenz werde unter anderem die Internationale Schule in Ulm angegeben. Die CDU-Fraktion spreche sich mehrheitlich gegen eine Subventionierung des Essens aus, wobei man für unkonventionelle Einzelfallentscheidungen durch die Schulleitung auf Antrag plädiere.

StRin Kübler nennt als Bausteine den Einsatz qualitätsvoller Lebensmittel, das Angebots eines abwechslungsreichen Essens und einen akzeptablen Preis hierfür. Ein Unsicherheitsfaktor stelle die Akzeptanz dar. Leider habe man keine Alternativangebote. Würde man das Angebot ablehnen, könnte der Mensabetrieb im Herbst nicht starten. Aufgrund des Zeitdrucks sei auch keine Probeverkostung möglich, was schade sei. Es sei schwer nachvollziehbar, dass formelle Fehler zum Ausschluss von Bewerbern führten. Man betrete mit dem Beschluss Neuland. Wenn sich daher zeige, dass man bei Einschätzungen falsch gelegen habe, müsse man den Prozess in drei Jahren erneut starten. Über das Verfahren Cook & Chill habe man bereits 2006 entschieden, eine gewisse Angebotsflexibilität sei aber wichtig. Daher müsse der Mensaausschuss zeitnah gegründet werden. Über die Subventionierung des Essenspreises von 3,95 € habe man lange diskutiert. Solle sich Be-

darf zeigen, werde man gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag stellen. Die vorgesehenen Chips bezeichnet sie als gute Lösung. Ebenso dass ein Probetrieb geplant sei.

StR Zügel meint, im Spannungsfeld zwischen Preis und Qualität stelle ein Preis von 3,95 € einen Kompromiss dar. Geboten werde eine Leistung, die in der Innenstadt nicht in dieser Qualität erhältlich sei. Er bezeichnet dies als Markstein in der Ernährung der Schüler. Man könne zwar über weitere Subventionen nachdenken, die Freien Wähler seien aber dagegen, da man über die Vorleistung als Schulträger die Rahmenbedingung für die Mensa geschaffen habe und damit auch den Preis subventioniere. Wenn man jetzt noch keine Subventionierung beschließe, halte man sich auch Handlungsspielraum für die Zukunft offen, könne also gegebenenfalls reagieren. 3,95 € könne man mit gutem politischen Gewissen verlangen. Das Verfahren könne man nur akzeptieren.

StR Späh sieht in der Mensa ein Stück Lebensqualität für die Schüler, für die die Schule Lebenswelt werden solle. Daher sei das Essen ein zentraler Bestandteil. Er bezeichnet es als bedauerlich, dass nur ein Bewerber, noch dazu ein Weltkonzern, ein gültiges Angebot abgegeben habe. Dies sei erschreckend. Zusatzstoffe und Ähnliches seien nicht ausgeschlossen und er könne sich unter diesen Umständen nicht vorstellen, der Vorlage zuzustimmen.

StR Funk meint, die Verwaltung habe sehr gute Arbeit geleistet. Wer die Vorlage ablehne, beschließe, dass im Herbst kein Mensaessen angeboten werden könne. Die Preissteigerungen seien gut dargelegt worden. Die FDP wolle im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten erreichen, den verringerten Mehrwertsteuersatz für das Mensaessen zu erhalten. Man werde dann sehen, wie ernst es der großen Koalition mit ihren Bildungsinteressen sei. Eine Unterstützung der Verwaltung bei diesem Anliegen wäre toll. Er signalisiert die Zustimmung der FDP.

StR Pfender bringt vor, da das Essen in Rostock gekocht werde, könne er der Vorlage nicht zustimmen. Er könne sich nicht vorstellen, dass es dann auch noch qualitativ wäre.

StR Herzhauser argumentiert ähnlich.

StR Weber bezeichnet eine gute Versorgung der Kinder als wertvollstes Gut. Man habe das Catering EG-weit ausgeschrieben und die Firma aku eingeschaltet, also zweimal alles aus den Händen gegeben. Dabei sei man bestimmt nicht die erste Stadt, die eine Schulverpflegung anbiete. Seines Erachtens könne die Qualität nicht stimmen und kein hochwertiges Essen angeboten werden. Er appelliert, kein „Schindluder“ mit der Umwelt zu betreiben.

StRin Kapfer gibt zu verstehen, ihr gehe es ähnlich. Es sei nicht ersichtlich, wo das Essen produziert werde, kein regionaler Bezug sichergestellt und zu erwarten, dass das Essen zu lange auf der Straße sei. Auch sei nicht ersichtlich, ob die Firma nach Tarif bezahle.

OB Fettback erinnert daran, man habe sich auf dieses Verfahren mehrheitlich geeinigt und müsse nun auch den Folgeschritt tun.

StR Braig macht darauf aufmerksam, dass das Essen den DGE-Richtlinien entspreche, also durchaus qualitativ sei.

Auch StR Abele appelliert, nicht so zu tun, als würde ein „Fraß“ vorgesetzt. Die Firma könne Referenzen aufweisen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 8 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschlag zur Verpachtung der Mensa an den beiden Biberacher Gymnasien auf das Angebot der Firma Sodexo Catering & Services GmbH mit Sitz in Hochheim am Main zu erteilen.**
- 2. Das Mittagessen in der Mensa wird grundsätzlich nicht direkt subventioniert. Die in der Ausschreibung enthaltenen Essenspreise werden an die Nutzer weitergegeben. Es werden gleiche Preise für Schüler und Lehrer oder andere Nutzer erhoben.**
- 3. Die für die bargeldlose Abwicklung des Zahlungsverkehrs notwendige Chip-Karte wird an die zugelassenen Nutzer veräußert. Für Ersatzkarten wird das doppelte Entgelt erhoben.**
- 4. Der vorzeitigen Inbetriebnahme der Mensa im Rahmen eines Probetriebs wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 52/2008 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde zuvor in nichtöffentlicher Sitzung vorberaten.

OB Fettback trägt vor, der modifizierte Vorschlag sei, die Liegedecks, die Bepflanzung, die Terrasse, den Zaun und die Einbauten wie die Möblierung durchzuführen. Vorerst nicht getätigt werden sollten die Wasserspiele, die Felder für Badminton, Basketball und Volleyball sowie die Tischtennisplatten. Bei letzteren blieben jedoch die Herstellungskosten für den Platz enthalten. Bis auf die Wasserspiele seien diese Einrichtungen auf dem Areal bereits vorhanden. Dieser Bereich des Bades solle aber irgendwann einmal nach Norden verkürzt werden. Dann müssten die Anlagen verlagert werden. Vorerst könne man sie belassen, Vorhandenes bleibe somit nutzbar.

Frau Gündog vom Architekturbüro 4 a stellt sich als Projektleiterin vor und erläutert die Planung anhand einer Power-Point-Präsentation. Dabei lässt sie wissen, im August 2007 seien die Stadtwerke mit der Bitte an ihr Büro herangetreten, einen Entwurf für die Freibadanlage zu erstellen. Die Veränderungen seien durch eine komplette Änderung der bestehenden Erschließung und Organisation erforderlich und eine Verbindung des alten Freibades und des neuen Hallenbades sei wichtig.

Sie erläutert, dass die Gestaltung sich an den unterschiedlichen Nutzungen und ihren Geräuschpegeln orientiere und von laut nach leise gehe. Daher seien beispielsweise entlang der Memminger Straße die Spielfelder vorgesehen. Die Liegedecks seien eher in Hallenbadnähe gedacht. Im Hallenbad verwende man Fliesen mit Natursteincharakter, was man optisch im Außenbereich fortsetzen wolle mit einem Betonwerkstein im gleichen Format. Die Wasserspiele würden von Kindern und Erwachsenen mit Begeisterung genutzt. Plätscherndes Wasser stelle einen großen Erholungswert dar. Die Beleuchtung der Wege sei noch nicht in den Kosten enthalten. Gedacht sei an eine Akzentbeleuchtung, die gerade in der Zwischenzeit der Nutzungen schön wäre.

Es wird applaudiert.

StR Abele meint, auch mit der reduzierten Entscheidung erhalte man kein unattraktives Hallenbad oder Freibad. Jetzt solle errichtet werden, was momentan erforderlich sei, Wünschenswertes könne eventuell später realisiert werden. Diesem Kompromiss könne man zustimmen. Eine Hinterfragung der Kosten sei legitim. Wichtig sei es, die Attraktivität nicht zu beeinträchtigen, was mit dem Kompromiss gelungen sei und man habe die Option für weitere Gestaltungsmaßnahmen offen gelassen. Die CDU-Fraktion hätte sich weitere Reduzierungen, beispielsweise einen Verzicht auf die Liegedecks, vorstellen können. Er gibt zu verstehen, dass ein Gesamtkonzept wünschenswert gewesen wäre. Auch wenn dies als Aufgabe der Geschäftsführung gesehen werde, regt er an, künftig den Aufsichtsrat oder den Gemeinderat frühzeitig in Planungen einzubeziehen, da es sich um ein wichtiges Thema handle und die Diskussion vereinfachen könnte. Die CDU-Fraktion stimme mehrheitlich dem Kompromissvorschlag zu.

StR Lemli führt aus, man befinde sich im Endspurt zur Sportstadt. Leider fehle der Weitblick, vorausschauend zu entscheiden. Der Vortrag von Frau Gündog sei begeisternd gewesen und deutlich geworden, dass Frei- und Hallenbad als Gesamtheit gesehen würden. Dies sei der richtige Weg, denn man habe sich eine Einheit von Frei- und Hallenbad vorgestellt. Man wolle eine besucherfreundliche, funktionierende Anlage für alle Altersgruppen, einen qualitativ guten Standard für alle Kinder und Jugendlichen. Bei letzteren wisse man, dass sie sich nicht ausreichend beweg-

ten. Hierfür müsse man sie an Sportarten heranführen und so weitgehend auf das Leben vorbereiten. Wasserspiele bezeichnet er daher nicht als wünschenswert, sondern notwendig, was ihm die Verantwortlichen der TG-Schwimmabteilung bestätigt hätten. In derselben Sitzung werde man über 30.000 € für 2 - 3 Tage LandesGymnaestrada ausgeben und sei gleichzeitig nicht in der Lage, 74.000 € für Wasserspiele auszugeben, bei denen Kinder und Jugendliche Wasser erleben und sich diesem Element gefahrlos nähern könnten. Der Verwaltungsvorschlag sei nachvollziehbar. Eine Flächenverkürzung brächte Synergieeffekte, mache das Bad pflegeleichter und attraktiver für Nutzer. Ressourcen würden freigesetzt. Die Bürger seien auf die neue Anlage gespannt, weshalb man etwas Richtiges und kein Stückwerk anbieten solle. Daher müsse jetzt investiert werden, um im nachhinein zu sparen, da das Errichten notwendiger Maßnahmen später erheblich teurer würde.

StR Zügel führt aus, in der Präsentation habe man Optionen und Visionen gesehen. Verantwortungsvolle Kommunalpolitik müsse zwischen Wunsch und Realität entscheiden und die Kosten im Auge behalten. Man dürfe es nicht als fehlenden Weitblick bezeichnen, wenn über die Stränge geschlagen werde. Man müsse die Kosten, auch die Folgekosten, beachten und unter diesem Gesichtspunkt sei der Kompromissvorschlag richtig, da er Optionen für die Zukunft offen lasse. Marketingmäßig könne es sogar von Vorteil sein, noch derartige Joker zu haben.

StR Späh dankt für die Präsentation, die man schon Ende 2007 hätte haben sollen, um in den Fraktionen diskutieren zu können. Er räumt ein, dass man in dieser Zeit drei Geschäftsführer gehabt habe. Man habe das Hallenbad im Wissen geplant, dass es in Nachbarschaft zum Freibad liege und man habe bei der Entscheidung auch Aussagen getroffen, dass Synergien versucht würden. Dass eine Einheit geschaffen werden solle, sei allen klar gewesen und dass dann der alte Bestand entfalle und das Gesamtareal attraktiviert werden müsse. Er appelliert, nicht zu kurz zu springen. Die Gestaltung des Hallenbades sei sehr gut. Durch den gemeinsamen Eingang in das Frei- und Hallenbad verschiebe sich die Situation nach Süden und die Gestaltung müsse entsprechend angepasst werden. Er könne nicht nachvollziehen, dass nachträgliche Investitionen als Attraktion dargestellt werden könnten, wenn diese Maßnahmen jetzt mit einem einmaligen Baueingriff erledigt werden könnten. Er **beantragt**, jetzt alles durchzuführen, wie dies in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen worden sei. Man habe künftig ein Bad, für das man auch einen gemeinsamen Namen suche.

OB Fettback hält entgegen, mit der Neubaumentscheidung sei nicht klar gewesen, dass zwingend eine Verbindung komme. Klar gewesen sei nur der gemeinsame Eingang. Die Überlegungen der Geschäftsführung nach der Neubaumentscheidung zum Gesamtareal seien jedoch berechtigt gewesen.

StR Funk moniert die fehlende Unterschrift auf der Vorlage. Es gehe um Synergieeffekte, die Vorlage enthalte jedoch nur negative Synergien. Daher lehne die FDP die Vorlage ab und stimme nur der Verbreiterung des Verbindungswegs für 61.000 € zu. Dann referiert er noch über die Entscheidungsfindung aus seiner Sicht.

OB Fettback moniert, letzteres sei nicht richtig dargestellt. Aufgrund des Bürgerantrags sei es zu einer neuen Entscheidung gekommen, wobei von Synergien beim Standort Freibad in Höhe von circa 60.000 € ausgegangen worden sei. Auf dieser Basis habe es einen Mehrheitsbeschluss gegeben. Dies sei legitim und nicht undemokratisch. Der Gemeinderat sei nun in Punkto Anbindung und Umgestaltung frei in der Entscheidung. Diese beiden Beschlüsse dürfe man nicht vermengen.

Im Übrigen habe man bei anderen Großobjekten schon oft erkannt, dass anfangs nicht alles berücksichtigt worden sei und Folgebeschlüsse seien unproblematisch über die Bühne gegangen.

StR Keil meint, man habe viel Kapital in die Hand genommen und müsse diese Maßnahme nun auch entsprechend begleiten und in der Öffentlichkeit darstellen. Er plädiert für eine zügige Gesamtumsetzung und weist Ausführungen die von „über die Stränge schlagen“ sprechen zurück.

StR Dullenkopf ist gegen die Vorlage und für den Kompromissantrag. Der Zeitdruck wecke den Eindruck, als ob die Entscheidung etwas mit dem Neubau des Hallenbad zu tun habe. Dies gelte jedoch nur für einen sehr geringen Teil, nämlich den Verbindungsweg, die Cafeteria und die Terrasse. In störe das gewählte Verfahren. Seines Erachtens hätte die Maßnahme in die Jahresplanung aufgenommen werden müssen. Er finde es nicht schlecht, wenn nicht alle Maßnahmen auf einmal realisiert würden. Es dauere auch ewig, bis die Bäume so groß seien, wie dargestellt, die Gesamtanlage müsse also wachsen. Seines Erachtens müsse der Beschlussantrag erweitert werden um die Feststellung, dass keine Fremdfinanzierung der Maßnahme durch die Stadtwerke erfolgen dürfe. Was mehrheitlich beschlossen worden sei, müsse gegebenenfalls zu einer Kapitalerhöhung führen.

StR Braig gibt zu bedenken, man dürfe diejenigen, die nicht gleich alle Maßnahmen realisieren wollten, nicht in eine kinderfeindliche Ecke stellen.

OB Fettback stellt klar, über eine Kapitalerhöhung werde erst entschieden, wenn die Höhe der Mehrkosten der Tiefgarage klar sei. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen habe man bereits ein Kapitalerhöhung versehen mit einem Sperrvermerk aufgenommen.

StRin Buttschardt **beantragt** Ende der Rednerliste.

StR Funk spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es sei vieles in die Diskussion eingebracht worden, auf das eine Erwiderung möglich sein müsse. Man müsse auch eine lebhaftige Debatte aushalten.

Der **Antrag** auf Ende der Rednerliste wird mit 16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und restlichen Enthaltungen **angenommen**.

Auf der Rednerliste stehen noch die Stadträte Dr. Compter, Lemli, Zügel und Späh.

StR Dr. Compter findet die Diskussion bedauerlich. Man rede über ein Hallen- und Freibad und nicht über ein Gefängnis. Man dürfe daher nicht so tun, als wäre das, was beabsichtigt sei, nichts Gutes. Es werde nur mit negativen Begriffen argumentiert. Es finde jedoch eine Neugestaltung des Freibades statt, das auf jeden Fall attraktiver werde. Die Frage sei nur, ob man etwa mehr oder weniger verändere. Auf jeden Fall erhalte man in Verbindung mit dem Hallenbad ein attraktives Freibad.

Es wird applaudiert.

StR Lemli meint, eine Attraktivierung sei wünschenswert, Bewegungsförderung jedoch ein Muss. Daher **beantragt** er, über die ursprüngliche Verwaltungsvorlage abzustimmen. Er begründet dies mit der genannten Bewegungsförderung und Kostengründen, da eine sofortige Realisierung Mehrkosten vermeide.

StR Zügel unterstreicht den Einwand zur mangelnden Kapitalausstattung von StR Dullenkopf. Man müsse den Stadtwerken eine ausreichende Kapitalausstattung, sprich Stamm- und Gesellschafterkapital, zur Verfügung stellen und dürfe sie nicht zwingen, zu ungünstigen Konditionen auf den Kapitalmarkt zu gehen. Wenn dies erreicht sei, benötige man derzeit keinen gesonderten Beschluss.

StR Späh räumt ein, dass zwischen Neubau Hallenbad und der anstehenden Entscheidung zwei Ebenen bestünden. Jetzt gehe es um die Attraktivierung des Freibades im Anschluss an das Hallenbad.

EBM Wersch bemerkt zur Kapitalausstattung, ob eine Erhöhung erforderlich sei müsse man sehen. Die Stadtwerke benötigten insgesamt für alles, was sie künftig erledigten, Geld von der Stadt. Es wäre unsinnig, wenn die Stadtwerke in die Verschuldung gingen.

Anschließend wird über die Drucksache Nr. 52/2008 abgestimmt. Diese wird mit 10 Ja-Stimmen (StRe Buttschardt, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Späh), 1 Enthaltung (OB Fettback) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Umgestaltung und Attraktivierung der Außenanlage Freibad und Hallenbad wie in Drucksache Nr. 52/2008 dargestellt wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

- **Die Liegedecks, die Terrasse, der verbreiterte Verbindungsweg, der Zaun und die Einbauten werden realisiert. Die hierfür erforderlichen anteiligen Kosten für die Baustelleneinrichtung und die Baunebenkosten werden bewilligt.**
- **Auf die Erstellung der Wasserspiele, die Felder für Basketball, Badminton und Volleyball sowie den Erwerb der Tischtennisplatten wird verzichtet.**

Anschließend wird die Sitzung von 20:20 Uhr bis 20:35 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache 50/2008 zur Beschlussfassung vor. Der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

OB Fettback appelliert an die Vorbildfunktion und gibt zu verstehen, es sei Aufgabe der Stadtwerke und der e.wa riss in diesem Bereich ein Geschäftsfeld zu sehen. Die e.wa habe sich noch nicht entschieden, weshalb er es richtig finde, dass die Stadtwerke aufgrund der Nähe zur e.wa riss aktiv würden. Sollte die e.wa riss sich einmal entscheiden, in diesem Aufgabenfeld tätig zu sein, könne man sich auch einen Übergang der Anlage auf die e.wa riss vorstellen. Es handle sich um ein öffentliches Gebäude der Stadt, die Stadtwerke seien eine 100%ige städtische Tochter und insgesamt sei ein Nutzen für die Stadt erzielbar.

StR Abele führt aus, auf der Bifa habe es einen Stand einer Firma für Solarthermie gegeben, die Dächer für 15.000 € jährlich anbiete. Hierauf ziele der Antrag der CDU-Fraktion ab. Man wolle alle Möglichkeiten prüfen und die wirtschaftlich günstigste Lösung wählen. Die Stadtwerke seien schon mit ausreichend Maßnahmen belastet und benötigten eine Kapitalerhöhung. Die angesprochene Vorbildfunktion werde auch erfüllt, wenn die Anlage von einem Dritten erstellt werde. Sollte die Lösung der Stadtwerke am Günstigsten sein, habe man nichts dagegen, wenn sie das Projekt realisierten.

StR Keil gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion hätte grundsätzlich nichts gegen die Vergabe an einen Dritten, wenn ein Privater auf die Stadt zugekommen wäre. Dies sei jedoch nicht der Fall. Zudem bestehe Zeitdruck. Man wisse von dieser Idee seit Beratung des Wirtschaftsplans, bedauerlicherweise sei bislang keine Entscheidung getroffen worden. Private betrieben schon viele derartige Anlagen, weshalb es richtig wäre, wenn die Stadtwerke auch einmal zum Zuge kämen. Dies schade niemandem.

StR Zügel plädiert für die wirtschaftlich sinnvollste Lösung für die Stadt und die Stadtwerke, weshalb die Freien Wähler dem CDU-Antrag zustimmten. Grundsätzlich seien Fotovoltaikanlagen gut. Wenn nach der Angebotsprüfung die Stadtwerke der günstigste Betreiber wären, wäre dies in Ordnung. Er mahnt noch eine präzisere, verständlichere Wirtschaftlichkeitsberechnung an.

OB Fettback gibt zu bedenken, die Diskussion um die Geschäftsfelder von Stadtwerken und e.wa riss sei dringend auf der Agenda der Unternehmen. Eine Ausschreibung bedeutete einen Zeitverlust und damit Mehrkosten.

StR Gehring spricht sich für eine Fotovoltaikanlage jedoch zu fairen Konditionen aus. Diese seien aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht ersichtlich beziehungsweise nicht nachvollziehbar. Dargelegt werden müsse die Zinsbelastung und die Höhe der Einnahmen.

StR Funk erinnert an den Antrag der FDP im Rahmen der Haushaltsplansberatungen zur Bündelung der Initiativen von Stadt, Stadtwerken und e.wa riss auf diesem Aufgabenfeld, um etwas Effizientes zu erreichen wie beispielsweise ein Wasserkraftwerk. Es sei zwingend zu prüfen, welche Einnahmen erzielt werden könnten. Eine kostenlose Dachüberlassung an die Stadtwerke sei nicht richtig. Ziffer 3 des Beschlussantrags müsse entsprechend geändert werden. Er **beantragt** Ziffer 3 der Gestalt umzuformulieren, dass die Dachflächen zu Marktpreisen vermietet werden.

StRin Brunner bringt vor, Bad Schussenried habe Dachflächen zu 1,50 €/m² verpachtet. Für eine gut ausgerichtete Dachfläche könne man eventuell 2,50 €/m² verlangen. Bei aufgelegten Flächen sei für 1 KW ca. 8 m² Fläche erforderlich.

OB Fettback gibt erneut die Mehrkosten aufgrund der Verzögerung zu bedenken, dass womöglich eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsse und der Betreiber unter Umständen von ganz woanders her käme.

StR Weber meint, bei zwei Dachhälften je 35 KW könnte eine vermietet werden, was die höchste Wertschöpfung brächte, da bis 35 KW der höchste Einspeisepreis bezahlt werde.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit 11 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Dem Bau einer Fotovoltaikanlage durch die Stadtwerke Biberach wird zunächst nicht zugestimmt. Es erfolgt eine Ausschreibung bzw. eine Aufforderung zur Angebotsabgabe an private Betreiber für eine Anmietung der Dachfläche. Auf Basis der Angebote wird dann die für die Stadt Biberach wirtschaftlich sinnvollste Lösung umgesetzt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 40/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 07.04.08 und im Jupa am 06.03.08.

Die StRe Abele, Kübler und Späh sind befangen und verlassen den Sitzungstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Betriebs- und Geschäftskostenzuschusses für Jugend Aktiv e.V. auf HHST 1.4600.718100.5 wird ab dem Jahr 2008 pauschal um 14,8 % auf 18.100 € erhöht.**
- 2. Der allgemeine Zuschuss an Jugend Aktiv e.V. auf HHST 1.4600.718200.1 wird ab dem Jahr 2008 pauschal um 14,3 % auf 65.000 € erhöht.**
- 3. Folgende Sperrvermerke werden aufgehoben:**
 - 1.4600.718100.5 - Zuschuss JAKT, Betriebskosten - 2.340 €**
 - 1.4600.718200.1 - Zuschuss JAKT, allgemein - 9.100 €**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 42/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 07.04.08 und im Jupa am 06.03.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Stadtjugendring werden für seine Geschäftskosten in den Jahren 2008 bis inklusive 2010 jeweils pauschal 2.700 € auf HHST 1.4600.700100.7 bewilligt. Jeweils im Folgejahr erhält das Kulturamt einen Verwendungsnachweis für die Pauschale bis 1. März.**
- 2. Für die Unterstützung der Vereine /Verbände im Stadtjugendring werden dem Stadtjugendring zur Weiterleitung in den Jahren 2008 bis inklusive 2010 jeweils 4.500 € auf HHST. 1.4600.700100.7 bewilligt. Der Stadtjugendring weist dem Kulturamt die Verteilung der Mittel bis 1. März des Folgejahres nach.**
- 3. Für Maßnahmen und Aktivitäten des Stadtjugendrings und seiner Mitglieder werden in den Jahren 2008 bis inklusive 2010 jeweils 2.500 € auf HHST. 1.4600.700100.7 bewilligt. Der Stadtjugendring legt bis Ende des Vorjahres die Planung seiner Veranstaltungen für das Folgejahr vor, die durch diesen Zuschuss finanziert werden sollen.**
- 4. Für den „Tag der Vereine“ im Jahr 2008 soll der Stadtjugendring eine genauere Planung mit einer detaillierten Kostenkalkulation vorlegen.**
- 5. Der Sperrvermerk bei HHSt. 1.4600.700100.7 - Zuschüsse an Jugendinitiativen 9.700 €, wird aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 48/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 07.04.08. Der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

OB Fettback erinnert daran, 1999 habe man eine ähnliche Vorlage eingebracht und keine Mehrheit hierfür erhalten. Man habe nach wie vor niemanden, der auf Augenhöhe mit den Firmen verhandeln könne. Mängel würden oft erst später erkannt, wie dies zum Beispiel im Museum der Fall sei, wo nach Aussage von Prof. Dr. Königsdorff die Ursache in einem Herstellungsfehler liege. Ob man eine entsprechend geeignete Person finden werde, sei offen, man wolle dies aber versuchen.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion habe im Grunde dieselbe Absicht, wolle aber einen anderen Weg gehen. Vermutlich werde man niemanden finden, der für alle Anlagen ein Experte sei. Man benötige einen Ansprechpartner mit einer technischen Mindestkompetenz. Möglicherweise wäre es richtiger, diesen Sachverstand dann einzukaufen, wenn er benötigt werde, beispielsweise wenn entsprechende Probleme bestünden oder Vergaben anstünden. Daher wolle man, dass ein Spezialist alle Anlagen der Stadt begutachte, um zu sehen, was machbar sei und was falsch laufe. Dann könne man entscheiden, ob es hierfür eine geeignete Person gebe, ob der Haushaltsansatz in Ordnung sei und ähnliches.

Herr Walz lässt wissen, man habe Wartungsverträge aller Art beim Museum in den wichtigen Bereichen. Probleme träten immer bei der täglichen Arbeit auf und oft werde erst nach Jahren klar, dass Wartungsarbeiten nicht wie erforderlich durchgeführt worden seien.

StRin Kübler führt das Energieeinsparpotential an, das erreicht werden könnte und dass andere Städte auch erreicht hätten. Die Stelle werde sich daher schnell rechnen. Ein Gutachten sei hierfür nicht erforderlich. Die Kenntnisse von Prof. Dr. Königsdorff seien einem Gutachten gleichzusetzen. Man solle die Stellenausschreibung auf alle Fälle versuchen. Ziel müsse die Erhöhung der Energieeffizienz sein und mit der Stellenschaffung gehe man einen Schritt in diese Richtung.

StRin Vollmer kündigt die mehrheitliche Zustimmung der Freien Wähler an. Man müsse viele Gebäude betreuen und nach Aussage von Prof. Dr. Königsdorff könne man 10% Kosten einsparen.

StR Dr. Gehring meint, eine derartige Person müsse die städtische Sicht mit technischem Know-how vertreten. Ideal fände er daher einen Meister oder Handwerker, der den Ingenieur gemacht habe. Dass man eine geeignete Person nur schwer finden werde, sei klar, es handle sich aber auch um eine lukrative Stelle. Ob die Eingruppierung richtig sei, könne man nicht beurteilen.

StR Funk gibt zu verstehen, die FDP sei bereit, für die Gebäudeerhaltung mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Er zeigt sich erstaunt, wie mit der Person von Prof. Dr. Königsdorff geworben werde, da es sich um eine nichtöffentliche Sitzung gehandelt habe. Die Beratung sei jedoch gut gewesen. Er sei eigentlich kein Freund von Gutachten, habe aber im Hauptausschuss dem CDU-Antrag zugestimmt. Er würde ihm erneut zustimmen, sofern er gestellt würde.

OB Fettback stellt klar, die bisherigen Ausführungen seien kein Verstoß gegen die Nichtöffentlichkeit gewesen. Der Ältestenrat habe es nicht für erforderlich gehalten, Prof. Dr. Königsdorff erneut einzuladen, weshalb es legitim sei, seine Aussagen anzuführen.

StR Abele **beantragt** namens der CDU-Fraktion, die Stelle zunächst nicht einzurichten und einen externen Gutachter/ein Ingenieurbüro zu beauftragen, welches den vorliegenden Sachverhalt untersucht und begutachtet. Auf Basis des Gutachtens werde dann entschieden, ob die Stelle einzurichten sei oder ob andere Möglichkeiten in Betracht gezogen und umgesetzt werden sollten. Man wolle ein Gutachten, um Klarheit zu bekommen, ob die Anstellung einer Person richtig wäre, zumal es schwer sei, jemanden Geeignetes zu finden. Nach Vorliegen des Gutachtens könne man dann immer noch zum Ergebnis kommen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen vorzugehen.

StR Herzhauser hebt auf die Aussage ab, die Anlage im Museum sei noch nie störungsfrei gelaufen. Er fragt, was hier falsch abgelaufen sei. Anlagenersteller hätten auch eine Garantieverpflichtung. Es könne daher nicht sein, Personal einzustellen, die Probleme in den Griff bekommen sollten, die die Herstellerfirmen selbst nicht beheben könnten.

Herr Dr. Biege erwidert, man habe sieben Jahre lang gebraucht, um festzustellen, dass es sich nicht um Bedienungsfehler handle, sondern dass die Probleme baubedingt seien. Aufgefallen sei dies bei genauer Ursachenermittlung der hohen Energiekosten.

Der **CDU-Antrag** wird mit 12 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat bei 4 Enthaltungen (StRe Dullenkopf, Hagel, Pfender, Wiest) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Einrichtung einer Vollzeitstelle bis Entgeltgruppe 10/11 wird außerhalb des Stellenplanes zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 54/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 03.04.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Auf der Grundlage der städtebaulichen Entwurfsplanung der Firma Gerita vom 19.01.2008 wird das Bebauungsplanverfahren fortgeführt.**

- 2. Der vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 46/2008 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig führt aus, dies sei die letzte Chance, Warthausen etwas Gutes zu tun. Der Gemeinsame Ausschuss Warthausen habe im Umlaufverfahren einstimmig zugestimmt.

StR Lemli bringt Freude über die Expansion der Firma zum Ausdruck und findet den Standort in Ordnung. Er fragt, was an Ausgleichsflächen geplant sei und erkundigt sich nach dem Ziel eines Interkommunalen Industriegebietes.

OB Fettback erwidert, Letzteres sprengte den Rahmen der anstehenden Beratung.

BM Ogertschnig trägt vor, die Frage der Ausgleichsflächen werde im weiteren Verfahren von Warthausen in eigener Planungshoheit geklärt.

StR Weber bezeichnet es als richtig, wenn an diesem Standort gebaut werde. Er bringt in diesem Zusammenhang vor, der Weg über das Bahngleis werde als Schleichweg zur B 465 genutzt. Warthausen habe die Ortsumfahrung beantragt, ob sie realisiert werde sei aber noch ungewiss. Gleiches gelte für den Aufstieg zur B 30. Er gibt zu überlegen, ob statt dessen vielleicht der heutige Schleichweg als Umfahrungsfläche genutzt werden könnte und meint, es sollten entsprechende Flächen freigehalten werden.

BM Ogertschnig erwidert, die Trasse der Umfahrung Warthausens verlaufe woanders und sei im vordringlichen Bedarf enthalten ebenso wie die Ortsumfahrung von Ringschnait. Die Bahntrasse bezeichnet er als ungeeignet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 08-009 v. 05.03.2008 bandiert umrandeten Bereich, wird der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Herrlishöfen“ gemäß § 2 BauGB aufgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 56/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt wissen, die Vorlage basiere nicht nur auf Erfahrungswerten, sondern mittlerweile habe man ein Pflichtenheft, das durchgesprochen worden sei mit den in der Vorlage dargestellten Folgen, da man die Pflichten und Kosten hinterlegt habe.

StR Dullenkopf erinnert daran, vor zwei Jahren habe man spontan zugestimmt. Würde heute die Zustimmung zur LandesGymnaestrada gefordert, wäre mehr Überzeugungsarbeit erforderlich. Er appelliert, wenn wieder einmal so weit im Vorfeld eine Entscheidung eingefordert werde, die Kosten sehr deutlich zu belegen. Man stehe zu der Entscheidung und stimme zu, vor allem da eine Vielzahl ehrenamtlich Tätiger sich bereits seit Monaten für diese Veranstaltung einbringe. Dies sei die eigentliche Leistung und nicht das, was an drei Tagen stattfinden werde.

StRin Drews bringt vor, bei der Grundsatzentscheidung seien Kosten zwischen 30.000 und 122.000 € genannt worden, wobei von einer teilweisen Refinanzierung gesprochen worden sei. Sie erkundigt sich nach dem Umfang von Sponsoring und Spenden. Sie gibt zu bedenken, dass für die nun angesetzten 230.000 € viele Spielfelder gebaut werden könnten. Sie bittet darzulegen wie die Einnahmen aus den Galawettkämpfen verrechnet würden und wer das Geld erhalte.

StR Zügel gibt zu verstehen, angesichts der Prognose der ersten Vorlage könne die jetzige nur Kopfschütteln bis Entsetzen hervorrufen. Wenn Ravensburg die Veranstaltung für 122.000 € organisiert habe, fehle ihm jede Begründung, warum es in Biberach viel teurer werden solle. Die aufgeführten Leistungen seien teilweise in den Pauschalen des Schwäbischen Turnerbundes enthalten. Er **beantragt** für die Maßnahme eine Kostenobergrenze entsprechend der von Ravensburg genannten Kosten.

StR Späh moniert ebenfalls, dass beim Grundsatzbeschluss wesentlich geringere Summen veranschlagt worden seien. Er fragt, ob auch Ravensburg in den genannten Gesamtkosten Durchbuchungsposten aufgeführt habe und ob die 120.000 € den Betrag darstellten, der dann real bei der Stadt hängen geblieben sei.

StR Funk **beantragt** getrennte Abstimmung und stimmt dem Antrag der Freien Wähler zu.

StR Keil spricht von astronomischen Summen. Es werde keine Aussage zur Refinanzierung durch den städtischen Turnerbund gemacht. Man habe bestimmt nichts gegen Sport, müsse aber die hohe Summe bedenken. Nach der Diskussion über die Anbindung und Umgestaltung der Außenanlagen zwischen Freibad und Hallenbad könne man zu diesem Antrag nicht verantwortlich Ja sagen.

StR Etzinger gibt zu bedenken, dass in der ursprünglichen Vorlage die Sachleistungen nicht aufgeführt gewesen seien. Ferner müsse man bedenken, dass Ravensburg fünf oder sechs Personen eingestellt habe und diese Kosten in den gegenüber der Stadt genannten Kosten nicht beinhaltet seien.

OB Fettback erinnert daran, dass man sich entschieden habe, nicht mehr bei allen Veranstaltungen mitzumachen, diejenigen, für die man sich entscheide, aber richtig durchzuführen. Hierzu zähle die LandesGymnaestrada. Somit habe man eine moralische, aber keine rechtliche Verpflichtung, die Veranstaltung abzuhalten. Sie brächte überdies einen großen Werbeeffect für die Stadt.

Frau Voss legt dar, die Kosten seien bei der Grundsatzentscheidung im Einzelnen nicht abschätzbar gewesen. Ravensburg habe einen festen Mitarbeiterstab für Großveranstaltungen und habe daher die Personalkosten nicht extra für diese Veranstaltung ausgewiesen. In den 230.000 € seien 76.800 € Durchbuchungskosten enthalten, z. B. für Mieten und Leistungen des Baubetriebsamts. Die Vergleiche seien nicht immer 1:1 möglich. So habe Ravensburg beispielsweise eigene Podien und Biberach müsse diese anmieten, wobei man einen relativ hohen Preis angesetzt habe. Sie gehe davon aus, dass die Anmietung etwas günstiger werde. Bezüglich Sponsoring lässt sie wissen, EBM Wersch verhandle mit einer Bank, bisher bestünden aber nur vage Zusagen. Die Einnahmen aus der Galaveranstaltung flössen an den städtischen Turnerbund. Dieser unterstütze in erster Linie die beteiligten Vereine.

Auf den Einwand von StRin Drews, dass das erforderliche Personal bereits ab Mai zur Verfügung stehen sollte, da für diesen Monat die Vertragsunterzeichnung geplant sei, lässt Frau Voss wissen, man habe die Gemeinderatsentscheidung abwarten wollen und auch keine Personalkontakte aufgenommen. Man überbrücke die Zeit mit einer Praktikantin, die für 200 € monatlich tätig sei.

OB Fettback gibt zu verstehen, er könne sich eine Vertragsunterzeichnung am 06.05.08 nicht vorstellen, wenn der finanzielle Background nicht vorhanden sei. Die beantragte Kostenreduzierung funktioniere nicht.

StR Dr. Compter fragt, wie viele andere Städte man befragt habe und gibt zu bedenken, die angesetzten Kosten seien acht mal so hoch wie die von Kehl. Ferner bittet er darzulegen, warum die Pauschale des Schwäbischen Turnerbundes von 60.000 € auf 40.000 € reduziert worden sei.

StR Zügel bringt vor, in der Vorlage 2006 seien 40.000 € Zuschuss für Pressearbeit und ähnliches aufgeführt worden. Diese tauchten in der Kalkulation nun separat auf. Somit wären die 2006 genannten Zahlen nicht korrekt gewesen und der Gemeinderat hätte auf falscher Grundlage entschieden. Er fragt, ob die 230.000 € wenigstens ein wenig ins Lot gebracht werden könnten.

OB Fettback erwidert, er könne keine Reduzierung um 60.000 € oder einen ähnlichen Betrag zusagen.

StR Etzinger gibt zu bedenken, man erhalte von anderen Städten nur schwierig Auskünfte über Ausgaben und diese seien dann immer nicht ganz durchschaubar. Manche kombinierten verschiedene Veranstaltungen, so dass die Kosten für die einzelne Veranstaltung günstiger würden.

StR Funk **beantragt**, den Gesamtaufwand auf 122.000 € zu deckeln, wie dies 2006 beziffert worden sei.

OB Fettback hält entgegen, dann könne er den Vertrag nicht unterzeichnen.

StR Hagel meint, niemand sei von der Kostenentwicklung erfreut und auch er sei erschrocken. Die Zahlen seien auch der TG nicht bekannt gewesen. Man müsse nun entweder Ja oder Nein zur LandesGymnaestrada sagen. Er werde daher zähneknirschend zustimmen, weil die Vorbereitun-

gen schon relativ weit gediehen seien, große Heerscharen von Helfern enttäuscht wären und eine Absage auch eine gewisse Rufschädigung darstellen würde.

StR Zügel bemerkt, man sei um einen Kompromiss bemüht, in der Vorlage sei aber kein Sparwille erkennbar. Er **beantragt**, die Verwaltung zu beauftragen, die Veranstaltung mit einer Kostenobergrenze von 180.000 € durchzuführen. Dann könne man auch gegenüber dem Schwäbischen Turnerbund dokumentieren, dass mehr nicht möglich sei. Wäre dieser Spielraum nicht gegeben, könne man die Veranstaltung eben nicht durchführen. Ein Kompromiss bedeute immer, dass sich beide Seiten bewegten.

StR Funk meint, der Ruf des Gemeinderats stehe auf dem Spiel und man rede über Steuergelder. Die Vorlage sei in der Verwaltung schon am Jahresende gefertigt, aber nicht in die Gremien eingebracht worden, vermutlich da man von den Kosten entsetzt gewesen sei. Er könne nicht zustimmen.

StRin Drews lässt wissen, die Vorbereitungen liefen auf der Schiene „Fit Kids“ bereits gut. Alle seien hoch motiviert und wären enttäuscht, wenn die Veranstaltung nicht stattfinden würde.

OB Fettback begründet die lange Zeit zur Erstellung der Vorlage damit, dass man sich um Kosteneinsparungen bemüht habe. Er habe sich mit dem Schwäbischen Turnerbund auseinandergesetzt, sei aber nicht fündig geworden. Er zeigt sich enttäuscht, kein Signal aus den Reihen des Ältestenrats über die aktuelle Reaktion erhalten zu haben und meint, dann hätte man die Vorlage vorberaten müssen.

StR Dr. Compter meint, hätte man vor zwei Jahren Gesamtkosten von 230.000 € genannt, hätte er vermutlich nicht zugestimmt. Jetzt müsse man entscheiden, ob einem diese Veranstaltung so viel wert sei und müsse dabei die Ausführungen StR Hagels bedenken.

Der **Antrag der FDP** auf eine Kostenobergrenze von 122.000 € wird mit 6 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der **Antrag der Freien Wähler**, eine Kostenobergrenze von 180.000 € festzulegen wird mit 9 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen (StRe Brunner, Kübler, Pfender) **abgelehnt**.

Mit 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Biberach ist Austragungsort der LandesGymnaestrada 2009. Zur Vorbereitung und Organisation der Großveranstaltung wird eine temporäre Organisationseinheit installiert.**
- 2. Der Gesamtaufwand für die Durchführung der Großveranstaltung beträgt ca. 230.000 €.**
- 3. Die Mittel zu deren Finanzierung werden jeweils im Haushalt 2008 und 2009 eingestellt.**
- 4. Der Sperrvermerk auf HH-Stelle 1.7900.638400.5 über 55.000 € wird aufgehoben.**

TOP 11.1 Verschiedenes: Caterer für die Mensa der Gymnasien

StR Rieger lässt wissen, nach seiner Internetrecherche habe die Firma Sodexo ihren nächsten Küchenstandort in Reutlingen.

TOP 11.2 Verschiedenes: Verschmutzte Straße im Gaisental

StR Gehring bringt vor, der Weg von der Firma ALDI entlang der Banatstraße im Gaisental sei verdreckt. Es handle sich nicht um Baudreck.

TOP 11.3 Verschiedenes: Förderverein Gaisental

StR Gehring lässt wissen, der Förderverein Gaisental habe seit seiner letzten Vollversammlung einen neuen Namen und firmiere nun unter „Stadtteilhaus Gaisental e. V.“.

TOP 11.4 Verschiedenes: Bauvorhaben Gartenstraße

StR Braig bittet, in der nächsten Bauausschusssitzung mitzuteilen, welche Bebauungsplanregelungen in der Gartenstraße bestünden. Dort sei ein Grundstück frei und werde am Markt angeboten. Einige Anwohner seien verängstigt.

TOP 11.5 Verschiedenes: Räum- und Streupflicht Felsengartenstraße

StR Braig bittet mitzuteilen, wie die Räum- und Streupflicht beim Geh- und Radweg in der Felsengartenstraße entlang des Ratzengrabens geregelt sei.

Gemeinderat, 14.04.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig